MARBURG
UNIVERSITÄTSSTADT

N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 17. Oktober 2014, 16:30 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Böttcher, Büchner, Daser, Dehmel, Dirmeier, Hesse, Hussein, Laumer, Lotz-Halilovic, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk,
CDU:	Brunnet, Heck, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Range Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stötzel, Vaupel,
GRÜNE:	Dr. Baumann, Flohrschütz, Göttling, Messik, Dr. Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal,
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Schalauske,
FDP:	Schartner, Selinka,
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann,
BFM	Suntheim-Pichler,
Piratenpartei	Dr. Weber,

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel,
Bürgermeister Dr. Kahle,
Stadträtin Dr. Weinbach,

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver,
Stadträtin Laßmann,
Stadtrat Ludwig,
Stadträtin Oppermann,
Stadträtin Schulze-Stampe,
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek,
Stadtrat Sprywald,
Stadtrat Stürmer,

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Dinnebier, Löwer, Meyer, (SPD), Jannasch und Stompfe (CDU), Dorn, Dr. Lindemann und Volz, (B90/Die Grünen), Köster-Sollwedel (Marburger Linke), Stadtrat Hertlein und Stadtrat Rehlich.

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Marianne Wölk, SPD-Fraktion, eröffnet die Sitzung um 16:36 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Sie entschuldigt den erkrankten Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer und wünscht im Namen des gesamten Hauses eine baldige Genesung.

Die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung werden festgestellt. Gegen die Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. September 2014 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche zum Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgefertigten Fassung als genehmigt.

Die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin gibt anschließend einen Überblick über die Tagesordnung, die angemeldeten Aussprachen und die von den Ausschüssen empfohlenen Vertagungen von Vorlagen.

---

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Die FDP-Fraktion hat für die heutige Tagesordnung einen dringlichen Antrag betr. Bürgerversammlung in der Oberstadt vorgelegt, der in der gestrigen Sitzung des Ältestenrates ausführlich beraten wurde.

Zu dem Thema berichtet der Oberbürgermeister aus der Sicht des Magistrats. Er verweist u. a. auf eine bereits terminierte Bürgerinformations-versammlung am 17. Dezember in der Oberstadt.
Somit wäre der dringliche Antrag der FDP bereits inhaltlich erledigt.

Die FDP-Fraktion zieht nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters den dringlichen Antrag zurück.

Weitere Ergänzungen oder Veränderungen der Tagesordnung werden nicht gewünscht.
Somit gilt die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung als genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 01/17.10.2014)
Vorlage: VO/3543/2014

Aus welchem Grund soll im Rahmen des geplanten Umbaus das Niveau des Firmaneiplatzes tiefer als derzeit gelegt werden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle:

Der Entwurf (1. Preis Wettbewerb Umfeldgestaltung Elisabethkirche) will dem Umfeld der Elisabethkirche durch sensible stadtgestalterische Maßnahmen eine neue Identität und Einheit verleihen. Die vorhandenen herausragenden Baudenkmale sollen freigestellt und in ihrer Wirkung gestärkt werden. Diesem Grundgedanken dient auch die Absenkung der inneren Platzfläche Firmaneiplatz.

Ausgangspunkt für die Neugestaltung des Stadtraumes Elisabethkirche ist die Ost-Westausrichtung der Kirche: Orthogonal zu dieser Hauptachse wird ein durchgehender Bodenbelag (Sandsteinplatten) ausgerichtet, der sich gleich einem Teppich zwischen Stadt- und Wasserkante aufspannt und dem Ensemble eine neue Einheit verleiht. In diese zusammenhängende Fläche werden zwei besondere Orte - das Rasenpodest und die abgesenkte Platzmitte am Firmaneiplatz - wie Intarsien eingelegt.

Der Firmaneiplatz soll sich zukünftig als großer, zusammenhängender Platz mit klarem Bezug auf die Elisabethkirche, das Deutschhaus und das Backhaus gestaltet werden. Während der gesamte Platz aufgrund der vorhandenen Höhenverhältnisse stark in Richtung Schwarzes Wasser abfällt, wird im Zentrum des Platzes eine schwach geneigt, leicht eingesenkte Fläche ausgebildet. Die Platzmitte richtet sich an der Stadtkante aus, sie wird zur Deutschhausstraße hin durch zwei flache Stufen im Süden gefasst. Nach Norden laufen die Stufen zu einer ebenengleichen Fläche aus.

Durch die zentrale Fläche wird die Verbindung zwischen dem Elisabethkirchenensemble und der Innenstadt betont und ein Ort geschaffen, der sich gleichermaßen als Treffpunkt und Veranstaltungsraum anbietet. Die Platzmitte wird belebt, es sollen sich Sitzmöglichkeiten an der Kante der Einsenkung anlagern. Die Absenkung vermag es, den Markt zu ordnen und in Richtung Stadt auszurichten, ohne das die Anfahrbarkeit wesentlich beeinträchtigt wird.

Die Ausrichtung auf den Gebäudedreiklang Elisabethkirche - Deutschhaus - Backhaus rückt das historische Ensemble in den Fokus des Betrachters. Diese abgesenkte Fläche kommuniziert mit dem Rasenpodest auf der Nordseite des Kirchenareals, so wird der Zusammenhang des Elisabethkirchenumfeldes zusätzlich gestärkt. Gleichzeitig erhält der Firmaneiplatz durch die Gliederung, die die Absenkung vorgibt, eine dem Ort angemessene Proportion. Der Firmaneiplatz ohne gliederndes Element würde den ortsüblichen Maßstab sprengen.

Ein Verzicht auf die abgesenkte Fläche würde dem Entwurf ein wesentliches Element nehmen und die Lesbarkeit des Kirchenumfeldes als Gesamtensemble schwächen.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Marco Nezi (Nr. 02/17.10.2014)
Vorlage: VO/3544/2014

Über welche Ergebnisse kann der Magistrat in Bezug auf den von der Stadtverordnetenversammlung am 31.01.2014 beschlossenen Antrag zur Reduzierung von Plastiktüten berichten und welche Maßnahmen wurden konkret zur Initiierung einer "Marburg-Tasche" ergriffen, um diese möglichst noch vor dem Weihnachtsgeschäft 2014 zu etablieren?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Vor dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung bestand in Marburg bereits eine umweltfreundliche Einkaufstasche, die auf Initiative der Steuerungsgruppe „Fairer Handel" 2012 entwickelt wurde. Die Tragetasche wird aus fair gehandelter Biobaumwolle hergestellt und ist in allen Geschäften mit fair gehandelten Produkten erhältlich.

Für die Umsetzung des Beschlusses von 2014 ist es zielführend, den Einzelhandel einzubinden, um zu prüfen:

- Welche Art von Einkaufstasche wird derzeit angeboten und eingesetzt (i.d.R. individualisierte Taschen mit LOGO des Handels)?

- Besteht Interesse an einer Einkaufstasche mit einem gemeinsamen „Marburg-Layout"?
- Welches Design soll gewählt werden?
- Aus welchem Material soll die Tasche bestehen (Papier, Baumwolle,)?
- Wie werden die Kosten refinanziert? (UKB oder Übernahme durch den Handel)?

Mit der Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses wurde daher das „Stadtmarketing" betraut. Wie von dort mitgeteilt wird, laufen seit Herbst 2014 die Recherchen im Einzelhandel und die Konzepterstellung. Da insbesondere die Akzeptanz und der Erfolg eines solchen Projektes von der Teilnahme möglichst vieler Marburger Einzelhändler abhängt, wird im Moment vorab in vielen Einzelgesprächen geklärt, ob ein Interesse an einer solchen „Marburg-Tasche" besteht. Zum genauen Zeitpunkt der Realisierung und den entstehenden Kosten kann daher im Moment noch keine Aussage getroffen werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Suntheim-Pichler, BfM, wird durch Oberbürgermeister Vaupel beantwortet.

---

zu 4.3 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Neuwohner (Nr. 03/17.10.2014)
Vorlage: VO/3545/2014

Wie hoch belaufen sich unter dem gegenwärtigen Konzept die Kosten pro Betriebsstunde für das Aquamar und wie hoch für das Schwimmbad in Wehrda?

Da die Fragestellerin noch nicht anwesend ist, wird die Anfrage schriftlich mit der Niederschrift beantwortet.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach.

Eine Ermittlung der Betriebskosten pro Stunde getrennt nach den beiden Bädern ist im Rahmen einer Kleinen Anfrage nicht zu beantworten.
Von daher erfolgt hier die Darstellung der Betriebskosten pro Stunde für beide Bäder.
Als Grundlage dient das Jahr 2013. Als Basis für die Kostenermittlung werden die geplanten Aufwendungen einschließlich der Personalkosten und der Abschreibungen und der internen Verrechnungen zugrunde gelegt. Für beide Bäder beläuft sich dieser Wert auf 2.943.599,00 Euro.

Die Betriebsstunden (Öffnungsstunden) werden für beide Bäder mit insgesamt 7.767 Stunden im Jahre 2013 zugrunde gelegt.

Somit ergibt sich ein Wert von 379,00 Euro an Betriebskosten pro Stunde für das AquaMar und das Hallenbad in Wehrda.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Elke Neuwohner (Nr. 04/17.10.2014)
Vorlage: VO/3546/2014

Wieviele Kinder der Marburger Schulen können bei der Einschulung schwimmen, wieviele können zur Einschulung in die 5. Klasse schwimmen und wieviele haben bei der Einschulung in die 5. Klasse das Schwimmabzeichen in Bronze (Freischwimmer)?

Da die Fragestellerin noch nicht anwesend ist, wird die Anfrage schriftlich mit der Niederschrift beantwortet.

Zuständige Dezernentin: Stadträtin Dr. Weinbach.

Zunächst sei darauf hingewiesen, dass es weder bei den Fachdiensten 40 und 74 noch an den Schulen Statistiken gibt, die diese Anfrage umfassend beantworten lassen.
Nach Rückfragen und Einschätzungen an den Grundschulen sowie bei der Schulkoordinatorin können folgende Aussagen getroffen werden:

Die Schwimmfähigkeit zu Beginn der Einschulung ist an nahezu allen Grundschulen nicht bekannt. Der Schwimmunterricht wird in den einzelnen Grundschulen in unterschiedlichen Jahrgangsstufen durchgeführt. Außerdem wird der Begriff „Schwimmfähigkeit" in jeder Grundschule anders interpretiert. Die Rückmeldungen reichen von „über Wasser halten können" bis hin zum „Seepferdchen-Abzeichen". Insofern waren die Rückmeldungen aus den Grundschulen sehr unterschiedlich.
Insgesamt ist davon auszugehen, dass zu Beginn des Schwimm-unterrichtes in den unterschiedlichen Jahrgangsstufen etwa zwei Drittel der Grundschülerinnen und -schüler schwimmen können.
Der durchschnittliche Prozentanteil der schwimmfähigen Kinder ist an einzelnen Schulen ebenfalls sehr unterschiedlich und reicht von 25 % bis 95 %.
Nach einer Abfrage der Sportkoordinatorin an den weiterführenden Schulen im Schuljahr 2012/13 können ein bis zwei Kinder pro Klasse zu Beginn des Schwimmunterrichts in den weiterführenden Schulen nicht schwimmen.

Es gibt keine Erhebung darüber, wie viele Schülerinnen und Schüler in der 5. Jahrgangsstufe das Schwimmabzeichen in Bronze haben.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Horst Wiegand (Nr. 05/17.10.2014)
Vorlage: VO/3547/2014

Der Glasfaserausbau in den beiden Stadtteilen Michelbach und Ginseldorf, der für dieses Jahr vorgesehen war, wird in den kommenden Monaten abgeschlossen. In welchen weiteren Stadtteilen ist für die nächsten beiden Jahre (2015 und 2016) ein Ausbau geplant und sind bereits entsprechende Planungsschritte vorgenommen worden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Seit Mai 2014 finden die Bauaktivitäten für den Breitbandausbau mit Glasfaser durch die Stadtwerke in den Stadtteilen Michelbach und Ginseldorf statt.

Der Aufbau einer Glasfaserinfrastruktur in weiteren Stadtteilen ist vorgesehen, wobei sich der Ausbau der Stadtteile nach der vorhandenen Breitbandversorgung in den jeweiligen Gebieten und einer vorherigen Bedarfsermittlung bei den Bürgern richtet.

Die Stadtwerke entwickeln zurzeit zusammen mit der Stadt Marburg einen Ausbauplan für die nächsten Jahre. Sobald dieser Plan aufgestellt ist, werden die Ortsvorsteher über die Ausbaureihenfolge der Stadtteile informiert.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Dr. Horst Wiegand, SPD-Fraktion, wird ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Horst Wiegand (Nr. 06/17.10.2014)
Vorlage: VO/3548/2014

Die Windmessungen auf den Lahnbergen müssten im September 2014 abgeschlossen worden sein, sowohl im südlichen wie auch im nördlichen Bereich.

Vorgabe war: es sollte ein Jahr die Windstärke gemessen werden. Wann sind die Messungen beendet worden und was sind die Messergebnisse?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Windmessmast wurde am 08.06.2013 am Lichter Küppel installiert (Koordinaten, ETRS RW: 486.136; HW: 5.626.161; Höhe ü. NN: 352m; Höhe des Gittermast: 98,89m). Der qualifizierte Wind-Messzeitraum startete am 10.06.2013 und endete am 06.07.2014.
Der Windmessmast wurde ab 07.07.2014 demontiert und komplett (inkl. Fundamente und Bodenanker) zurückgebaut.
Am Windmessmast wurden die Windgeschwindigkeiten und -richtungen auf 4 verschiedenen Höhen gemessen (50, 80, 97, 99m). Parallel dazu wurde ab 10.06.2013 bis 22.08.2013, mit einem Lidar-Windmess-System die Windgeschwindigkeit und -richtung in größeren Höhen ermittelt.

Die bisherige Auswertung der Messdaten zeigt - langzeitkorrelliert - Windgeschwindigkeiten von durchschnittlich 5,82m/s in 100m Höhe und 6,55m/s in 140m Höhe auf.

---

zu 4.7 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 07/17.10.2014)
Vorlage: VO/3549/2014

Der Magistrat wird gebeten Auskunft zu geben, wie die Bauarbeiten zum Kunstrasenplatz Michelbach verlaufen und wann mit der Einweihung zu rechnen ist?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Die Arbeiten am Kunststoffrasenplatz im Stadtteil Michelbach stehen unmittelbar vor dem Abschluss. Es sind noch kleinere Arbeiten im Umfeld, wie Pflaster- und Zaunarbeiten durchzuführen. Das Aufbringen des Rasens sowie die Linierung wird je nach Wetterlage kurzfristig erfolgen. Der Termin für die offizielle Übergabe soll am 8. November 2014 um 17.00 Uhr sein.
Der Kostenansatz wird lt. Angebot nicht überschritten.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 08/17.10.2014)
Vorlage: VO/3550/2014

Der Magistrat wird gebeten Auskunft zu geben, ob es nicht möglich ist durch das eTicket eine Art Prepaidkarte anzubieten, welche man für gelegentliche Fahrten mit dem Bus nutzen kann. Alternativ wäre doch die Überlegung des bargeldlosen & kon-taktlosen Bezahlens mit der „girogo" Funktion der EC-(Sparkassen)Karte attraktiv?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Da der Tarif im Rhein-Main-Verkehrsverbund nur noch bedingt fortschreibungsfähig ist, wird bereits seit einiger Zeit auf der Fachebene an einer Tarifstrukturreform gearbeitet. Erste Umsetzungsschritte sind, z.B. mit der Einführung der Stadtpreisstufe, bereits erfolgt. Im nächsten Schritt wird ein Relationstarif (Entfernungstarif) erarbeitet. Die Überlegungen befinden sich noch in der Anfangsphase; eine prepaid-Lösung wurde bereits andiskutiert und kann bei folgenden Beratungen in den entsprechenden Fachkreisen von SWMC weiter eingebracht werden.

Die RMV-App „HandyTicket" bietet seit Kurzem mit girogo eine weitere Bezahlvariante an. Mit der SparkassenCard und dem Smartphone können Fahrscheine gekauft werden.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dr. Michael Weber (Nr. 09/17.10.2014)
Vorlage: VO/3551/2014

Welche Erkenntnisse hat der Magistrat über die Belastung der Luft im sogenannten Allianzhaus /Gutenbergcenter mit Schimmelsporen und Asbestfasern?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Magistrat hat hierzu keine Erkenntnisse.

Das Gebäude befindet sich nicht im Eigentum der Stadt Marburg. Deshalb

gibt es weder Veranlassung noch eine rechtliche Grundlage dafür, das Gebäude bzw. die Atemluft seitens der Stadt Marburg zu untersuchen.

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 10/17.10.2014)
Vorlage: VO/3561/2014

Wie viele Nichtsesshafte wurden in den letzten 3 Jahren in Marburg aufgenommen und wie wurden sie versorgt?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Zur Beantwortung dieser Kleinen Anfrage wurde der Personenkreis der Nichtsesshaften bewertet, die Tagessätze erhalten haben.
Vom 01.01.2012 bis 31.12.2012 wurden an insgesamt 76 verschiedenen Personen Tagessätze gewährt. 15 von 76 Personen sind im Bereich der Universitätsstadt Marburg versorgt worden. 5 von 15 Personen sind im stationären Bereich aufgenommen worden. Hierbei handelt es sich um stationäre Einrichtungen, wie z.B. das Wohnheimangebot des Trägers Hephata im Marbacher Weg 11 oder die stationäre Einrichtung der Vitos GmbH in der Cappeler Str. 98.

Außerhalb des Gebiets der Universitätsstadt Marburg konnten auch vereinzelt Personen durch eine Aufnahme in der Übergangseinrichtung Hasselborn versorgt werden. 8 Personen fanden im Bereich der Universitätsstadt Marburg mit Unterstützung durch den Fachbereich Arbeit, Soziales & Wohnen sowie der Fachberatung Wohnen in Trägerschaft des Diakonischen Werks Wohnraum in Marburg.

Vom 01.01.2013 bis 31.12.2013 wurden insgesamt 90 verschiedenen Personen Tagessätze gewährt. In diesem Zeitraum konnten 15 von 90 Personen im Bereich der Universitätsstadt Marburg versorgt werden. 3 Personen wurden stationär versorgt und 8 Personen fanden im Bereich der Universitätsstadt Marburg mit Unterstützung durch den Fachbereich Arbeit, Soziales & Wohnen sowie der Fachberatung Wohnen in der Trägerschaft des Diakonischen Werks Wohnraum in Marburg bzw. 1 Personen im umgebenden Landkreis Marburg-Biedenkopf Wohnraum.

Vom 01.01.2014 bis 30.09.2014 wurden insgesamt bislang 74 verschiedenen Personen Tagessätze gewährt. 21 von 74 Personen sind im Bereich der Universitätsstadt Marburg versorgt worden. 5 von 21 Personen haben eine stationäre Maßnahme begonnen. 10 Personen haben im Bereich der Universitätsstadt Marburg mit Unterstützung durch den Fachbereich Arbeit, Soziales & Wohnen sowie der Fachberatung Wohnen in der Trägerschaft des Diakonischen Werks Wohnraum in Marburg bzw. 4 Personen Wohnraum im umgebenden Landkreis Marburg-

Biedenkopf gefunden.

Aus dem o.g. Personenkreis wurden auch Menschen in den Obdachlosenunterkünften der Universitätsstadt Marburg aufgenommen:

Jahr	Personen
2012	2
2013	3
2014 (bis: 30.09.2014)	2

---

zu 4.11 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 11/17.10.2014)
Vorlage: VO/3562/2014

Wie viele unbegleitete Kinder und Jugendliche wurden in den letzten Jahren von der Stadt Marburg aufgenommen und welche schulischen Bildungs- und beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten stehen ihnen zur Verfügung?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Im Folgenden stellen wir da, wie viele Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (UMF) wir insgesamt in den Jahren 2002 bis heute betreut haben. Darin sind die volljährig gewordenen Flüchtlinge, die weiter Hilfen erhalten haben eingerechnet.

Im Jahr 2002 handelte es sich um 7 Personen,
im Jahr 2003 waren es 8,
im Jahr 2004 stieg die Anzahl auf 9 Personen,
sank im Jahr 2005 auf 7 und
pendelte sich in den Jahren 2006 bis 2009 auf jeweils 8 Personen im Jahr ein.

Im Jahr 2010 stieg die Fallzahl auf 16 an, um
in den Jahren 2010 und 2011 auf jeweils 21 Fälle pro Jahr zu steigen.
Im Jahr 2013 wurden 25 UMF in der Stadt Marburg betreut und
im jetzigen Jahr 2014 wurden bisher 29 Fälle betreut.

Ihnen standen die in der Universitätsstadt Marburg vorhandenen schulischen Bildungs- und beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten zur Verfügung, die auch in einer großen Bandbreite mit dem Schwerpunkt der schulischen Förderung bis zum Abitur wahrgenommen worden sind. Konkrete Zahlen stehen uns jedoch nicht zur Verfügung.

Zwei Zusatzfragen der Stadtverordneten Dr. Uchtmann, MBL-Fraktion und Wölk, SPD-Fraktion, werden ebenfalls durch den Bürgermeister beantwortet.

zu 4.12 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 12/17.10.2014)
Vorlage: VO/3563/2014

Die Studierendenzahl ist erneut deutlich auf ein Rekordhoch gestiegen. Durch welche konkreten Maßnahmen im Bereich des ÖPNV gedenkt der Magistrat darauf zu reagieren?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Anfrage schriftlich mit der Niederschrift beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

Wie bereits in der Presse gemeldet haben die Stadtwerke den Einsatz von Anhängerbussen geprüft und nun auch mit dem Regierungspräsidium Gießen abstimmen können. Gemäß Wirtschaftsplanung für 2014 kann erfreulicherweise mitgeteilt werden, dass bereits ein Anhängerbus („Bus-Zug") beschafft werden konnte. Dieser wird Ende Oktober geliefert und kommt ab Fahrplanwechsel 2014/2015 zum Einsatz.

Im Zuge der Beratungen zum Nahverkehrsplan werden im Rahmen der Ist-Analyse die erforderlichen Kapazitäten betrachtet und bewertet. Ob weitere Kapazitätserweiterungen notwendig sein werden, wird im Verlauf des Verfahrens entschieden. Da bereits die Studierendenzahl zum vergangenen Wintersemester erneut stark gestiegen ist, gehen die Stadtwerke davon aus, dass die bereitgestellten Kapazitäten genügen werden, um die erwartete Verkehrsnachfrage zu bedienen.
Die SWMR werden den Verkehr jedoch selbstverständlich beobachten.

---

zu 4.13 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Henning Köster (Nr. 13/17.10.2014)
Vorlage: VO/3564/2014

Nach den gescheiterten Versuchen Studierendenwohnungen bzw. Arztpraxen im renovierten Bahnhofsgebäude anzusiedeln soll dort jetzt ein Hostel betrieben werden. Für welche Summe wurde dieser

Bereich von der Gewobau und aus öffentlichen Geldern renoviert (incl. anteilig das Gesamtgebäude)? Welche Miete wird dafür jetzt erwirtschaftet?

Da der Fragesteller nicht anwesend ist, wird die Anfrage schriftlich mit der Niederschrift beantwortet.

Zuständiger Dezernent: Oberbürgermeister Vaupel.

Neben 3 gewerblichen Einheiten vermietet die GeWoBau 7 Wohnungen für 27 Studierende. Sämtliche Zimmer sind belegt.

Die gewerblichen Flächen wurden so hergerichtet, dass der endgültige Ausbau erst zum Zeitpunkt des Bezugs des Gewerbemieters erfolgt. Zusätzliche Umbaukosten sind somit nicht entstanden. Ein städtischer oder staatlicher Zuschuss zu diesem Projekt wurde nicht gegeben.

Über die Höhe der Miete eines Einzelmietvertrages geben wir grundsätzlich keine Auskunft.

---

zu 5 Verleihung der Ehrenbezeichnung "Ehrenortsvorsteher" und "Ehrenmitglied des Ortsbeirates"
Vorlage: VO/3522/2014

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion.
Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die durch die Ortsbeiräte vorgeschlagenen Herren **Heinrich Löwer, Axel Mühmel, August Scherer, Georg Schnell** und **Heinz Wahlers** werden in Anerkennung ihrer langjährigen kommunalpolitischen Verdienste mit der Ehrenbezeichnung „Ehrenortsvorsteher“ ausgezeichnet.

Die durch die Ortsbeiräte vorgeschlagenen Damen und Herren **Walter Acker, Sylvia Bandte, Edzard Brix, Hermann Dönges**, **Christiane Dörbecker, Gernot Günther, Georg-Otto Hormel,**
Monika Wendt-Liprecht, Konrad Ludwig, Arnulf Meyer, Peter Müller,

Uwe Nau, Heinz-Georg-Naumann, Wolfgang Ochs, Ingeborg Roder, Konrad Sell, Karin Schaffner, **Gerhard Scheld, Werner Schüler, Gerhard Weinert** und **Hans Wenz** werden in Anerkennung ihrer langjährigen kommunalpolitischen Verdienste mit der Ehrenbezeichnung „Ehrenmitglied des Ortsbeirates“ ausgezeichnet.

Der durch den Magistrat vorgeschlagene Ortsvorsteher **Hermann Heck** wird in Anerkennung seiner langjährigen kommunalpolitischen Verdienste mit der Ehrenbezeichnung „Ehrenortsvorsteher“ ausgezeichnet.

Die durch den Magistrat vorgeschlagenen Herren **Heinrich Nahrgang** und **Bernd Müller** werden in Anerkennung ihrer langjährigen kommunalpolitischen Verdienste mit der Ehrenbezeichnung „Ehrenmitglied des Ortsbeirates“ ausgezeichnet.

---

zu 6 **Marburger Ortsrecht**
Satzung über die Schaffung von Stellplätzen und Garagen sowie von Abstellplätzen für Fahrräder in der Universitätsstadt Marburg (Stellplatzsatzung)
Vorlage: VO/3445/2014

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Musket, SPD-Fraktion.
Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Aussprache wurde angemeldet.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet die Stadtverordnetenvorsteherin anhand der Niederschrift. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich die Zustimmung.

Weiterhin hat auch der Haupt- und Finanzausschuss die Vorlage beraten. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Range, CDU, Rink, SPD, Brunnet, CDU, Flohrschütz, Bündnis 90/Die Grünen, Sell, SPD, Schartner, FDP, Bürgermeister Dr. Kahle, Stötzel, CDU, Oberbürgermeister Vaupel und erneut Bürgermeister Dr. Kahle.

Nach Abschluss der Debatte erfolgt die Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen und Marburger Linken, sowie Nein-Stimmen von CDU,

MBL, BfM und FDP und bei Enthaltung der Piratenpartei und einer Stimme der MBL folgenden Beschluss:

Die beigefügte Satzung über die Schaffung von Stellplätzen und Garagen sowie von Abstellplätzen für Fahrräder in der Universitätsstadt Marburg (Stellplatzsatzung) wird beschlossen.

zu 7 Zusammenführung der Marburg Tourismus und Marketing GmbH (MTM) und der Tourismus-, Regionalentwicklungs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Marburg-Biedenkopf (TOuR) Vorlage: VO/3451/2014

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Aufgrund der gleichlautenden Grundsatzbeschlüsse der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg und des Kreistages des Landkreises Marburg-Biedenkopf vom 31.01.2014 beschließt die Stadtverordnetenversammlung:

1. **Die Stadtverordnetenversammlung stimmt der Verschmelzung der Marburg Tourismus & Marketing GmbH und der Tourismus-, Regionalentwicklungs- und Veranstaltungsgesellschaft mbH Marburg-Biedenkopf durch Neugründung zur Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH (MSLT) mit Wirkung zum 01.01.2015 zu. Anteilseigner der neuen Gesellschaft sind zu je 50 % die Universitätsstadt Marburg und der Landkreis Marburg-Biedenkopf. Die als Anlagen beigefügten Entwürfe des Verschmelzungsvertrages nebst Zustimmungserklärung sowie des Gesellschaftervertrages sind jeweils Bestandteil dieses Beschlusses. Der Magistrat wird beauftragt, die notwendigen Verträge zum nächstmöglichen Verschmelzungszeitpunkt der beiden Gesellschaften zu unterzeichnen.**

2. **Die Stadtverordnetenversammlung betraut die Marburg Stadt und Land Tourismus GmbH mit Wirkung zum 01.01.2015 mit der Erbringung von Dienstleistungen, die von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sind, im Wege eines öffentlichen Auftrags (Betrauungsakt). Der als Anlage beigefügte Entwurf**

des Betrauungsaktes ist Bestandteil dieses Beschlusses. Der Magistrat wird beauftragt, den Betrauungsakt zum nächstmöglichen Gründungszeitpunkt der Gesellschaft zu unterzeichnen.

---

zu 8 Benennung des Holzsteges am Einkaufszentrum am Richtsberg
Vorlage: VO/3498/2014

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Piratenpartei folgenden Beschluss:

Der im beigefügten Plan gekennzeichnete Holzsteg im Stadtteil Richtsberg erhält den Namen

Regenbogenbrücke.

Der Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

---

zu 9 Beteiligung der Stadtwerke Marburg GmbH an der Lahn-Eder-Diemel Abwasser GmbH
Vorlage: VO/3510/2014

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Der Beteiligung der Stadtwerke Marburg GmbH an der Lahn-Eder-Diemel-Abwasser GmbH mit einem Gesellschaftsanteil

von einem Drittel wird zugestimmt.

---

zu 10 Dringlichkeitsanträge

Es liegen keine dringlichen Anträge zur Abstimmung vor.

zu 11 Anträge der Fraktionen

---

zu 11.1 Antrag der Bürger für Marburg betreffend: Weitere Gemeinschaften der Solidarischen Landwirtschaft e.V. (Solawi) im Landkreis Marburg -Biedenkopf
Vorlage: VO/3390/2014

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Musket, SPD-Fraktion.
Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Zustimmung zu dieser Vorlage. Der Stadtverordnete Göttling hat im Ältestenrat die Aussprache angemeldet.

Die Stadtverordnetenvorsteherin eröffnet die Aussprache zu diesem Antrag.

Im Rahmen der Debatte sprechen die Stadtverordneten Nezi, B90/Die Grünen, Schartner, FDP und Stötzel, CDU.

Während der Aussprache hat von 18.25 Uhr bis 18.31 Uhr die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Dr. Elke Therre-Staal, Bündnis 90/Die Grünen, die Sitzungsleitung übernommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der CDU, MBL und FDP mit den übrigen Ja-Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird aufgefordert, sich mit dem Landkreis Marburg-Biedenkopf in Verbindung zu setzen, um zu prüfen, ob seitens der Endverbraucher in der Stadt Marburg und im Umland für landwirtschaftliche Erzeugnisse und seitens der Landwirte ein Interesse besteht, neben der einen bestehenden Solawi in Kirchvers noch weitere Gemeinschaften ins Leben zu rufen.

---

zu 11.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Parkraumerweiterung
Vorlage: VO/3513/2014

Der Antrag ist im Umweltausschuss, Bau- und Planungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss beraten worden.

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde die Vorlage zurückgestellt bis zur Sitzung im November.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Novembersitzung.

---

zu 11.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung der Schlossanbindung
Vorlage: VO/3514/2014

Für den Umweltausschuss berichtet der stellvertretende Vorsitzende, Stadtverordneter Dr. Musket, SPD-Fraktion.
Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Ablehnung dieser Vorlage.

Die Vorlage ist auch im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende, Stadtverordneter Nezi, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Ausschuss empfiehlt ebenfalls mehrheitlich die Ablehnung des Antrages. Aussprache wurde angemeldet.

Weiterhin hat auch der Haupt- und Finanzausschuss die Vorlage beraten. Es berichtet der Vorsitzende, Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion. Auch der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung.

Im Rahmen der Aussprache sprechen die Stadtverordneten Stötzel, CDU, Hesse, SPD, Schalauske, Marburger Linke, Pfalz, CDU, sowie Oberbürgermeister Vaupel.

Nach der Debatte folgt die Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion, Nein-Stimmen von SPD, B90/Die Grünen, Marburger Linken und Piratenpartei sowie Enthaltungen von MBL, FDP und BfM folgenden

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 11.4 Antrag der CDU-Fraktion betr. Lärmgedämmte Glascontainer
Vorlage: VO/3518/2014

Der Antrag ist von der CDU-Fraktion in den beratenden Ausschüssen (Umweltausschuss, Bau- und Planungsausschuss und Haupt- und Finanzausschuss) zurückgestellt worden bis zur Novembersitzung.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück.

---

zu 11.5 Antrag der FDP-Fraktion betr. Bänke am Friedrichsplatz
Vorlage: VO/3520/2014

Die Vorlage ist im Bau- und Planungsausschuss beraten worden. Es berichtet der stellvertretende Vorsitzende, Stadtverordneter Nezi, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Der Ausschuss empfiehlt mehrheitlich die Ablehnung des Antrages.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen der FDP, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und BfM sowie Enthaltungen von Piratenpartei, MBL und Marburger Linken folgenden Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

---

zu 11.6 Antrag der FDP-Fraktion betr. Sicherheitskonzept an den Marburger Schulen
Vorlage: VO/3521/2014

Der Antrag ist im Schul- und Kulturausschuss beraten worden. Er wurde jedoch zurückgestellt, da der Antrag noch im Bau- und Planungsausschuss beraten werden soll.

Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Antrag zurück bis zur Novembersitzung und überweist ihn an den Bau- und Planungsausschuss.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin schließt die Sitzung um **19.15 Uhr.**

Wölk
Stellv. Stadtverordnetenvorsteherin

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stötzel
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle